

»Deutschland ist das Land der Deutschen!«

Die DS im Gespräch mit Frank Franz, Parteivorsitzender der NPD

Seite 3



Wohnungen zuerst für Deutsche!

Bezahlbarer Wohnraum ist in vielen Städten zur Mangelware geworden. Was tun?

Seite 4



Todsünde Asylkritik: Wie ein Historiker mundtot gemacht werden soll

Linke Treibjagd auf Jörg Baberowski

Seite 7



DS

DEUTSCHE STIMME

SONDERAUSGABE
ZUR BUNDESTAGSWAHL

ASYLINDUSTRIE ZERSCHLAGEN

PARTEIEN

MEDIEN

NGO'S



ICH WÜRD NPD WÄHLEN

ICH KÖNNTE
NICHT ANDERS



Seite 7

Die Asylkrise der letzten Jahre hat das Ausmaß einer beispiellosen Völkerwanderung angenommen. Innerhalb von zehn Jahren kamen 3,8 Millionen Ausländer von fremden Kontinenten nach Deutschland. Allein im Jahr 2015 reisten – zum großen Teil illegal – 1,2 Millionen Asylbewerber in unser Land ein. Insgesamt belief sich die Zuwanderung im Jahr 2015 auf zwei Millionen Menschen.

Durch den millionenfachen Familiennachzug ist weitere Massenzuwanderung vorprogrammiert. Die Bevölkerungsexplosion vor allem in Afrika wird weitere Zuwanderungswellen zur Folge haben, die ganz Europa verändern werden. Seriösen Studien zufolge wollen bereits heute 540 Millionen vor allem junge Menschen aus dem arabisch-afrikanischen Raum auswandern. Beliebtester Zielort ist Deutschland, weil es hier für Glücksritter aus aller Welt am meisten –

finanzielle Leistungen, kostenfreie Unterkunft sowie medizinische Versorgung – abzugreifen gibt. Unser Land wird schon in einigen Jahren nicht mehr wiederzuerkennen sein, wenn dem nicht bald ein Riegel vorgeschoben wird! Doch letztlich sind nicht nur wir Deutschen, die all diesen Irrsinn bezahlen müssen, die Leidtragenden dieser Entwicklung. Auch die Zuwanderer selbst werden ihrer Heimat entfremdet, sie verlieren ihre Wurzeln.

Seite 2

KOMMENTAR

Hilfsorganisationen bezahlen Schlepperbanden

Ganz offenbar bezahlen Flüchtlingshilfsorganisationen inzwischen sogar Menschenhändler dafür, Migranten zu den NGO-Rettungsbooten zu bringen. Ein ranghoher Vertreter der libyschen Küstenwache berichtete der britischen *Daily Mail* von vorhandenen Beweisen, daß sogenannte Hilfsorganisationen Geld beschaffen, um für Migranten zu bezahlen, die es sich selbst nicht leisten können, die von Menschenhändlern verlangten Summen zu entrichten.

Colonel Tarek Shanboor zufolge verfügt die libysche Küstenwache über Bankdetails und Telefonmitschnitte, die Zahlungen an eindeutig kriminelle Banden untermauern. Laut Shanboors Auskunft hat dieser die Beweise einer heimlichen Kooperation zwischen Hilfsorganisationen und Schmugglern bereits an EU-Vertreter in Brüssel bereits ausgehändigt. Nur hörte man bislang nichts darüber, wie die Europäische Union darauf zu reagieren gedenkt.

Seite 2

ZUR SACHE

Australien kauft sich frei

Von einer »Rekordentschädigung« ist die Rede und dem »größten jemals getroffenen Vergleich zu einer Menschenrechtsklage in der Geschichte Australiens«. Das ist auf den ersten Blick nicht falsch, denn die australische Regierung hat sich verpflichtet, umgerechnet rund 47 Millionen Euro an 1900 »Bootsflüchtlinge« zu zahlen. Hinzu kommen Gerichtskosten von 13,5 Millionen Euro. Grund der Sammelklage waren die »schlechten Bedingungen auf abgelegenen Inseln im Pazifik«, auf denen die illegalen Einwanderer interniert wurden. Mit diesem Vor-

gehen wurde erfolgreich verhindert, daß Asylsuchende australischen Boden betreten konnten, außerdem wirkte es abschreckend auf potentielle »Flüchtlinge«. Begleitet wurden die restriktiven Maßnahmen von Videospots im Internet und Anzeigen, die in den Tageszeitungen der Flüchtlinge geschaltet wurden. Die Botschaft war klar: Boote müßten umkehren – und wenn sie das nicht täten, dann ginge die Reise nicht nach Australien, sondern in andere Länder. Trotz des kostspieligen Vergleichs steht die australische

Regierung bislang vergleichsweise gut da. Die Kosten für eine Aufnahme auf dem Kontinent und den Aufbau einer Asylindustrie, wie sie in Europa und hier wieder ganz besonders aus Deutschland bekannt ist, wären ungleich höher. Entsprechend dürfte der Druck vonseiten einschlägiger Menschenrechtsorganisationen auf Australien weiter steigen. Bleibt für die Australier zu hoffen, daß die »Grünen« und ähnliche Kräfte, die es dort auch gibt, noch möglichst lange von der Regierungsverantwortung ausgeschlossen bleiben!



Stefan Paasche

Diplomlehrer (Mathematik und Chemie), Jahrgang 1959, geboren in Schönebeck. Mitglied im Landesvorstand der NPD Sachsen-Anhalt. Von 2009 bis 2014 Mitarbeiter des Parlamentarischen Beratungsdienstes der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und hier zuständig für die Ausschüsse für Schule und Sport sowie Umwelt und Landwirtschaft.



KOMMENTAR

Wählen Sie Deutschland – die NPD!

Die Bundestagswahl steht vor der Tür – mal wieder. Haben Sie sich mal ernsthaft die Frage gestellt, warum Parteien, die für den Niedergang Deutschlands verantwortlich sind, immer wieder gewählt werden? Gehören Sie vielleicht selbst zu dieser Gruppe, indem Sie immer wieder CDU oder SPD wählen, nur weil Sie es schon immer getan haben?

Ist es aber nicht absurd anzunehmen, daß jene, die unser Land seit Jahren und Jahrzehnten an die Wand fahren, es jetzt richten werden? Oder wählen Sie vielleicht schon seit Jahren gar nicht mehr, weil Sie »die Schnauze« sprichwörtlich voll haben? Veränderungen beginnen immer bei sich selbst. Auch in der großen Politik. »Ich kann doch eh nichts ändern« hört man überall. Das Problem dabei ist, daß das zutrifft, wenn alle so denken. Stellen Sie sich nur mal vor, die rund 30 Prozent Nichtwähler gingen zur Wahl und wählten eine Partei, die nicht nur das sagt, was Sie auch sagen und wollen, sondern das auch tatsächlich umsetzen will.

Die Mehrheit der Deutschen sagt, daß die Grenze Deutschlands wieder besser geschützt und die illegale Einreise eingedämmt werden muß. Dann wählen Sie doch auch so – die NPD!



Die Mehrheit der Deutschen sagt, daß unser Land kein Auffangbecken für Asylbetrüger und Sozialschmarotzer aus der ganzen Welt sein darf. Dann wählen Sie doch auch so – die NPD!

Die Mehrheit der Deutschen sagt, daß der Islam nicht zu Deutschland gehört und die Islamisierung gestoppt werden muß. Dann wählen Sie doch auch so – die NPD!

Die Mehrheit der Deutschen sagt, daß die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinandergehen darf und die soziale Gerechtigkeit wieder in den Mittelpunkt gerückt werden muß. Dann wählen Sie doch auch so – die NPD!

Lassen Sie sich nicht länger von denen bevormunden, die unser Land ruinieren. Treffen Sie Ihre eigene Entscheidung. Nicht zu wählen heißt, Deutschland denen da oben zu überlassen. Dafür ist unsere Heimat zu schade. Gehen Sie zur Wahl und unterstützen Sie die NPD!

Frank Franz • NPD-Parteivorsitzender

KOMMENTAR



Liebe Leser, viele von Ihnen, die das erste Mal die DEUTSCHE STIMME in den Händen halten, wußten möglicherweise gar nicht, daß es eine solche Zeitung gibt, die Monat für Monat aus nationaler, patriotischer Sicht Politik und Kultur beleuchtet. Vielleicht sind Sie auch überrascht, auf welch hohem Niveau sich die Beiträge in der DS bewegen – und daß die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) über solch eine Publikation verfügt.

Mit der DS kann die NPD aber vor allem ein Alleinstellungsmerkmal vorweisen, weil es keine konservativ-nationale Kraft in Deutschland gibt, die über eine vergleichbare eigene Zeitung verfügt. Ihnen liegt hiermit die DS-Sonderausgabe zur Bundestagswahl vor, die sich auf acht Seiten aus Beiträgen der regulären Stimme zusammensetzt, aber auch aus Texten zur Wahlkampagne der NPD zur Bundestagswahl. Sie erhalten somit einen schönen Querschnitt unserer nationaldemokratischen Publizistik und einen ersten Einblick. Die reguläre DS umfaßt 24 Seiten. Politische Analysen und Hintergrundberichte aus dem In- und Ausland, Buchbesprechungen und Veranstaltungsberichte, interessante Interviews, Kultur- und Brauchtumsbeiträge, investigative

Zu dieser Ausgabe

Reportagen – alles das bietet Ihnen alle vier Wochen die DEUTSCHE STIMME.

Insofern kann diese Sonderausgabe nur als Appetitmacher dienen. Bitte bedienen Sie sich der Bestellscheine auf den Seiten 7 und 8. Sie können dort Informationen seitens NPD und DS anfordern oder gleich ein Abonnement zeichnen. Zum näheren Kennenlernen bietet sich übrigens unser günstiges Probe-Abo an.

Noch ein Hinweis: Der Bezug der DEUTSCHEN STIMME setzt keine NPD-Mitgliedschaft voraus. Sollten Sie sich allerdings für eine solche entscheiden, so ist das Abo der DS kostenlos inbegriffen. Tja, und wer schon im digitalen Zeitalter angekommen ist, kann sich über unsere Netzseite deutsche-stimme.de tagtäglich mit neuen Nachrichten versorgen oder die DS als Digitalausgabe online abonnieren.

Ich hoffe, wir hören und lesen wieder voneinander!

Peter Schreiber • DS-Chefredakteur

Peter Schreiber, Jahrgang 1973, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Er ist Chefredakteur der Deutschen Stimme und Mitglied im NPD-Parteivorstand. Zur Bundestagswahl tritt er als Direktkandidat für die NPD im Wahlkreis Meißen (Sachsen) an. Er ist dort auch als Kreisrat und Stadtrat (Strehla) kommunalpolitisch tätig.

Fortsetzung von **Seite 1**

ASYLINDUSTRIE ZERSCHLAGEN!

Wer profitiert von der Asylflut?

Die großen Profiteure des Asyl-Irrsinns sind die Sozialverbände, die sich an der Versorgung der Asylanten eine goldene Nase verdienen. Mit der Asylkrise ist eine gigantische Asylindustrie entstanden, mit der sich Rechtsanwälte, die Asylbewerber vor den Verwaltungsgerichten vertreten, linke Sozialarbeiter, die für Integrationsprogramme verantwortlich zeichnen und sogenannte Sozialverbände, die mit der Unterbringung und Versorgung der Asylanten ihr Geld verdienen, auf Steuerzahlers Kosten die Taschen vollstopfen.

So ist auch eine Aussage der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Katrin Göring-Eckardt zu verstehen, die im Jahr 2013 zu Beginn des Anwachsens des Asylzustroms sagte: »Wir brauchen in Deutschland nicht nur Migrantinnen und Migranten, die Fachkräfte sind – die brauchen wir auch. Wir brauchen vor allen Dingen Migrantinnen und Migranten, die sich in unserem Sozialsystem wohl und zu Hause fühlen.« Sie dachte dabei vor allem an ihre Wählerklientel, die mit der Massenzuwanderung nach Deutschland Milliarden umsetzt.

Wir Nationaldemokraten hingegen sagen, daß Deutschland kein Einwanderungsland ist. Wir brauchen Rückführungs- statt Einwanderungsgesetze! Abgelehnte Asylbewerber und dauerarbeitslose Ausländer müssen konsequent und ausnahmslos aus Deutschland ausgewiesen werden, um den sozialen Frieden hierzulande zu wahren. Auch müssen Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylanten bereitgestellt werden. Schluß mit der Abzocke der Bürger zugunsten von Sozialtouristen und Asyllobbyisten!



Bilder wie diese könnten bald schon wieder die Abendnachrichten dominieren, wenn die Zeit nicht genutzt und der über Italien sich neu aufbauende Migranten-Zustrom nicht rechtzeitig gestoppt wird. Doch in der BRD verdienen sich viele regelrecht eine goldene Nase am anhaltenden Asylmißbrauch.

Ferner fordern wir die Einführung einer Migrationsabgabe für Unternehmen, die nicht-europäische Ausländer in Deutschland beschäftigen und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, um illegale Zuwanderung zu verhindern.

Den Profiteuren der Asylkrise muß endlich konsequent der Kampf angesagt werden!

Ronny Zasowk • stv. Parteivorsitzender

Fortsetzung von **Seite 1**

Hilfsorganisationen bezahlen Schlepperbanden für zahlungsunfähige Migranten!

Angewiesen sollen die Hilfsorganisationen bis zu 450 Pfund für die Überfahrt eines Migranten bezahlen, wobei Colonel Shanbor kritisiert, daß die Schmuggler direkt mit den NGOs kommunizieren, vergleichbar einer Geschäftsbeziehung.

Erst vor wenigen Wochen war in einem internen EU-Bericht von derartigen, mehr als fragwürdigen Kontakten die Rede, worin zur Sprache kam, daß präzise Anweisungen erfolgen würden, wie die Rettungsboote gefunden werden könnten. Dieses Jahr wurden bereits Rekordzahlen an Migranten verzeichnet, die versuchten, von Libyen nach Italien zu gelangen. Im Vergleich zum letzten Jahr erreichten dieses Jahr bereits 45 Prozent mehr sogenannte Refugees die italienische Küste. Einem an die Öffentlichkeit gelangten Geheimdienstbericht zufolge trachten noch insgesamt mehr als sechseinhalb Millionen Asylbewerber danach, in nächster Zeit ebenfalls nach Europa zu gelangen. Die libysche Küstenwache beklagt, daß die sogenannten »Search-and-Rescue-Maßnahmen« die Menschenhändler geradezu

ermutigten und den zentralen Mittelmeerraum zu einem Migrationsmagneten werden ließen. Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache FRONTEX wies bereits vergangenes Jahr in einem Bericht darauf hin, daß diese Operationen das Geschäftsmodell der Menschenhändler beflügelten. 2,5 Millionen potentielle Invasoren sitzen allein in Nordafrika auf gepackten Koffern, um nach Europa überzusetzen. Etwa 3,3 Millionen befinden sich in der Türkei und könnten sich in Bewegung setzen, wenn der Deal mit der Erdoğan-Regierung platzen sollte und die europäischen Nationen weiterhin unwillig sind, ihre Grenzen selbstverantwortlich zu schützen.

An nur einem Samstag, es war der 10. Juni, wurden 1200 Migranten gezählt, die mittels elf verschiedener »Rettungsoperationen« an die italienische Küste gebracht worden sind und tags darauf, am Sonntag, sogar 1650 Personen in zwölf Maßnahmen.

Sascha A. Roßmüller • Mitglied des NPD-Parteivorstandes



Frank Franz ist Parteivorsitzender der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und führt diese in den Bundestagswahlkampf.

Die DS sprach mit ihm und wollte wissen: Was sind die derzeit wichtigsten Fragen bei den anstehenden Wahlen und wie sieht die Antwort der NPD darauf aus?

Die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag wird am 24. September 2017 stattfinden.



»DEUTSCHLAND IST DAS LAND UND DIE HEIMAT DER DEUTSCHEN!«

DS: Herr Franz, die NPD führte zeitnah nach Beendigung des sogenannten Parteiverbotsverfahrens ihren Parteitag mit Vorstandsneuwahlen durch. Weist der neu gewählte Vorstand die erwünschte bzw. benötigte Geschlossenheit auf, um den anstehenden Herausforderungen, insbesondere natürlich dem Bundestagswahlkampf, gerecht zu werden?

Die Delegierten sind meinen Personalvorschlägen beim zurückliegenden Bundesparteitag in nahezu allen Bereichen gefolgt. Das ist auch notwendig, weil eine Führungsmannschaft geschlossen und vertrauensvoll arbeiten können muß. Insofern sehe ich in unserem Parteivorstand die notwendige Geschlossenheit, um die anstehenden Aufgaben, zu denen auch die Bundestagswahl gehört, meistern zu können. Man muß aber auch jenen, die bisher nicht im Parteivorstand waren, die Möglichkeit geben, sich bewähren zu können. Oft wachsen die Funktionsträger mit und an ihren Aufgaben.

DS: Es ist ein offenes Geheimnis, daß sich – nicht zuletzt aufgrund der Belastungen durch das langwierige Verbotungsverfahren – die NPD finanziell in durchaus angespannter Situation befindet, sprich Sie werden den Konkurrenzparteien

vom Etat her nicht auf Augenhöhe begegnen können. Wie wollen Sie hier in der Ausgestaltung der Wahlkampfführung gegenhalten?

Das Verbotungsverfahren hat die NPD tatsächlich belastet, keine Frage. Aber das war auch das Ziel unserer Gegner. Ich habe von Anfang an gesagt, daß es sich nicht um eine juristische Auseinandersetzung handelt, sondern um den Versuch der Multi-Kulti-Parteien, die NPD durch den Mißbrauch des Bundesverfassungsgerichts aus dem Weg zu räumen. Der Bundesrat mußte aber feststellen, daß wir uns auch von 16 Innenministern, unzähligen Mitarbeitern und Professoren so einfach nicht verbieten lassen. Deutschland läßt sich nicht verbieten!

Es stimmt, daß dieses Verfahren viel Kraft und Geld gekostet hat. Trotzdem ist der Bundestagswahlkampf mit dem vorgesehenen Budget gesichert. Natürlich ist insbesondere eine kleinere Partei darauf angewiesen, mit unkonventionellen Wahlkampfmaßnahmen auf sich aufmerksam zu machen. Und das werden wir auch. Welche Maßnahmen das sein werden, wird sich dann im Wahlkampf zeigen.

DS: Trotz teils deutlicher programmatischer Unterschiede zwischen der AfD und der

NPD konnte die AfD auch in Wählerschichten der NPD einbrechen. Wie erklären Sie sich dies und was wird die Partei im Wahlkampf unternehmen, um vielleicht die AfD dahingehend zu entzaubern, indem aufgezeigt wird, wo sie vielleicht gar keine Alternative darstellt? Und kann es der NPD überhaupt gelingen, hierfür ausreichend wahrgenommen zu werden?

Daß wir wahrgenommen werden, ist in diesem Wahlkampf der entscheidende Punkt. Wir werden diesen Wahlkampf nicht mit Textwüsten und ellenlangen Programmen für uns entscheiden können. Das funktioniert nur über freche und kreative Aktionen, mit denen die notwendige Aufmerksamkeit hergestellt wird.

Tatsächlich ist die AfD keine Alternative zu den Altparteien. Sogar hohe Funktionsträger der AfD – beispielsweise Alexander Gauland – wurden öffentlich und dem Sinn nach mit der Kritik an Frauke Petry zitiert, diese strebe eine Koalition mit der Union an. Und mit diesem Vorhaben ist Petry nicht alleine. Wer sich aber mit den Volksverrättern und Deutschlandabschaffern in ein Bett legen will, der ist selbst ein Volksverräter und keine Alternative. Darum steht das für die NPD gar nicht zur Debatte. Wir wollen nicht mit

den etablierten Parteien koalieren, sondern eine grundsätzliche Veränderung in Deutschland erreichen. Von denen eine Veränderung zu erwarten, die Deutschland willentlich und systematisch komplett an die Wand gefahren haben, ist doch Irrsinn.

Die drei wesentlichen Unterschiede lassen sich wie folgt kurz zusammenfassen. Die NPD hat sich als maßgebliche Kernanliegen die nationale Souveränität, die Identität und die Solidarität auf die Fahnen geschrieben. Die AfD hingegen hält an der Westbindung fest. Der Westen, insbesondere die USA mit der NATO und ihre Kriegspolitik, setzt aber selbst wesentliche Ursachen für den Unfrieden und die Konflikte in der Welt.

Laut AfD kann Deutschland ein Einwanderungsland sein. Dem widersprechen wir entschieden. Deutschland ist das Land und die Heimat der Deutschen. Und das soll auch in Zukunft so bleiben. Wir haben nichts gegen den Italiener oder den Griechen um die Ecke, der sich um Deutschland verdient gemacht hat und hier ein anständiges Leben führt. Wir sind aber nicht das Sozialamt der ganzen Welt und unsere Heimat ist als Erbe unserer Vorfahren zu wahren. Auch bei der Frage der Solidarität steht die NPD an der Seite des ganzen Volkes und nicht an der

von Besserverdienern. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß nahezu ein Drittel unseres Volkes wirtschaftlich abgehängt und sich selbst überlassen wird, während sich Spitzenmanager mit Millionen die Taschen vollstopfen. Hier braucht es mehr soziale Gerechtigkeit.

DS: Der Parteivorstand verabschiedete bereits das Bundestagswahlprogramm 2017. Auf welche Weise wird dies transportiert bzw. über welche Kanäle kann es zur Kenntnis genommen werden und was ist die wesentliche Kernbotschaft des Wahlprogramms?

Die wesentliche Kernbotschaft des Wahlprogramms ist, daß die NPD die einzige und echte Partei für soziale Gerechtigkeit ist, die sich als Anwalt des deutschen Volkes versteht, während sich alle anderen offenbar nur noch um das Wohlergehen von Asylbetrügnern und Sozialschmarotzern kümmern. Für uns steht das deutsche Volk an erster Stelle, dann erst kommt der Rest der Welt. Unser Wahlprogramm hat ein deutliches sozialpolitisches Profil und nennt die Probleme deutlich beim Namen. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum zuerst für Deutsche. Die Deutschen brauchen eine Perspektive und die Voraussetzungen, um auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Chance zu haben. Zu diesem

Thema gehört auch die weiterhin ungezügelte Einschleppung von Fremden, die meist eben nicht nur nach Deutschland, sondern vor allem in unsere sozialen Sicherungssysteme einwandern.

Neben der sozialen Gerechtigkeit und der Wahrung unserer Identität spielt auch die innere Sicherheit eine große Rolle. Die Frage der inneren Sicherheit ist inzwischen untrennbar mit der Frage der unkontrollierten Masseneinwanderung und der deutschen Außenpolitik verknüpft. Offene Grenzen und die Terrorgefahr in Deutschland sind zwei Seiten derselben Medaille.

DS: Nennen Sie uns doch bitte zwei, drei spezielle nationaldemokratische Forderungen aus dem Wahlprogramm, die Ihnen als Parteivorsitzender besonders wichtig erscheinen?

Eine der wichtigsten Forderungen ist natürlich die Herstellung der vollständigen Selbstbestimmtheit, mit der auch die Fragen der offenen Grenzen und der inneren Sicherheit geklärt werden. Wir wollen nicht Befehlsempfänger, sondern ein freies und selbstbestimmtes Volk sein.



Fortsetzung von Seite 3

Wir brauchen keine Masseneinwanderung, sondern Sicherheit für das deutsche Volk im eigenen Land. Schluß mit der Beteiligung an den schmutzigen Kriegen nach dem Motto »Blut für Öl«.

Außerdem steht – wie bereits erwähnt – die soziale Frage für uns ganz oben auf der Agenda. In Deutschland leben nach wie vor mehr als zwei Millionen Kinder in Armut, während Millionen Fremde durchgeschleppt werden, die meistens gar kein Anrecht auf Leistungen haben. Das ist ein unerträglicher Zustand. Deutsche Politiker haben zuerst dem Wohl des deutschen Volkes zu dienen.

DS: Welche Werbematerialien sollen zum Einsatz kommen bzw. welche Werbemaßnahmen will die Partei ergreifen, um die Aufmerksamkeit der Wähler auf ihr

politisches Angebot zu lenken?

Neben den klassischen Werbemaßnahmen wie Informationsständen, Plakatierungen und dem Verteilen von Werbeschriften werden wir einen intensiven Wahlkampf in den sozialen Medien führen. Außerdem werden wir mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen versuchen, in die Wahrnehmung der Bürger zu gelangen. Dazu kann ich im Vorfeld verständlicherweise aber nicht zu viel verraten.

DS: Sind die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts zum ethnischen Volksbegriff für den Wahlkampf mehr Fluch aufgrund einer diesbezüglichen Stigmatisierung der NPD oder mitunter auch ein Segen im Sinne der Verdeutlichung eines Allein-

stellungsmerkmals, was einen abstammungsgemäßen Volkstumsbegriff betrifft?

Es ist doch sehr verwunderlich, wenn das höchste deutsche Gericht ein Urteil im Namen des Volkes spricht, um dann in der Urteilsbegründung festzustellen, daß das Eintreten für das Volk – auch als Abstammungsgemeinschaft – verfassungsfeindlich sein soll. Noch 1987 hatte das Bundesverfassungsgericht festgestellt, daß der Staat die verfassungsrechtliche Pflicht hat, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten. Und das alte Staatsangehörigkeitsrecht, zu dem wir zurückwollen und das das Abstammungsprinzip als wesentliches Merkmal berücksichtigte, galt bis zum Jahre 2000. Wir sprechen hier also nicht von etwas, das von einem anderen Stern oder aus einer kom-

plett anderen Epoche kommt, sondern das bis vor wenigen Jahren über lange Zeit die Normalität und richtig war.

Ich glaube, immer mehr Deutsche fühlen sich im eigenen Land nicht mehr wohl und heimisch. Viele haben das Gefühl, regelrecht fremd im eigenen Land zu werden. Inzwischen gibt es ganze Stadtteile, in denen wir kaum noch mitteleuropäische Gesichter sehen, in denen wir die deutsche Sprache nicht mehr hören. Es haben sich Parallelgesellschaften entwickelt. Und diese führen immer öfter zu sozialen Verwerfungen. Es kann ja nicht angehen, daß sich die deutsche Polizei in bestimmte Stadtviertel nicht mehr rein traut oder die als verloren aufgegeben werden.

Ja, es ist absolut richtig, am abstammungsgemäßen Volkstumsbegriff festzuhalten. Und es ist wichtig, daß die Deutschen sich ihrer wieder besinnen und zur Kenntnis nehmen, daß »deutsch« nicht nur eine Formulierung im Personalausweis ist. Wir sind ein Volk, das sich entscheiden muß, ob es sich selbst auf dem Altar irrsinniger Multi-Kulti-Ideen opfert. Wir sind nicht nur Sprach- und Kulturnation, sondern auch eine ethnische Abstammungsgemeinschaft.

Herr Franz, wir danken Ihnen für das Gespräch und wünschen viel Erfolg beim anstehenden Wahlkampf!

Das Gespräch führte DS-Autor Sascha A. Roßmüller.



Frank Franz, zusammen mit Rechtsanwalt Peter Richter (links) nach der Urteilsverkündung im Bundesverfassungsgericht, als am 17. Januar 2017 klar wurde: Die NPD ist abermals und weiterhin nicht verboten!



Der Parteivorsitzende der NPD zusammen mit dem kroatischstämmigen Ex-Diplomaten Dr. Tomislav Sunić bei einer gemeinsamen Veranstaltung europäischer Patrioten.

ZUR PERSON

Frank Franz wurde am 21. November 1978 in der Hüttenstadt Völklingen geboren und hat seine Kindheit, Jugend und Schulzeit dort verbracht. Aufgewachsen in einer Arbeiterfamilie, war er schon immer sport- und naturbegeistert. Auch heute zieht es den 38-jährigen deutlich stärker in die unbelastete Natur, statt in das Großstadtleben.

Mit 18 Jahren trat Franz seinen freiwilligen, achtjährigen Dienst als Soldat auf Zeit bei der Panzerartillerie der Bundeswehr in Schwanewede an. In einem Pilotprojekt der Bundeswehr mit dem Titel GAF (Gestrafte Ausbildung zum Feldwebel) wurde er nach drei statt vier Jahren zum Feldwebel befördert, nachdem er neben den normalen Laufbahnlehrgängen zahlreiche Sonderlehrgänge besucht hatte. Mit der Beförderung zum

Feldwebel stand die Versetzung nach Augustdorf in die Generalfeldmarschall-Rommel-Kaserne an, wo er bis zu seinem Dienstzeitende als Ausbilder, Gruppen-, Trupp- und stellvertretender Zugführer eingesetzt war.

Nach seiner Bundeswehrzeit machte Franz eine dreijährige Ausbildung zum Physiotherapeuten, die er 2006 beendete. Nach erfolgreichem Abschluß seiner Ausbildung wechselte er nahtlos und nach Absprache mit Udo Pastörs in die gerade gewählte Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern, wo er im Bereich der Fraktionsgeschäftsführung für den Ablauf und die Organisation der Fraktionsgeschäfte mit verantwortlich war.

Ein Jahr später wechselte Frank Franz in die Vollzeit-Selbstständigkeit im Bereich »Neue Medien«, wo er bis

heute in den Bereichen Marketing, Unternehmensberatung und Kommunikationsstrategien tätig ist. Frank Franz ist Vater von drei Kindern und lebt in Völklingen und Berlin.

Er war viele Jahre Landesvorsitzender der Nationaldemokraten im Saarland und fast sechs Jahre Mitglied des Stadtrates seiner Heimatstadt Völklingen.

Seit 2011 ist Franz Mitglied im Parteivorstand und im Präsidium, seit Anfang November 2014 Parteivorsitzender der NPD, auf dem letzten Bundesparteitag der NPD im März 2017 wurde er in seinem Amt bestätigt. Zuvor bekleidete er das Amt des Bundespressesprechers.

Die Facebook-Seite von Frank Franz zählt mittlerweile mehr als 40 000 Fans.

»Wohnungen zuerst für Deutsche!«

Die herrschende Politik preist Deutschland immer wieder als vermeintlich reiches Land an. Wenn man sich fast ausschließlich im Berliner Regierungsviertel bewegt, mag man zu diesem Schluß kommen. Vergewagt man sich aber, daß mittlerweile weit mehr als eine Million Rentner auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind, fast drei Millionen Kinder in Armut aufwachsen und etwa 300 000 Menschen in Deutschland obdachlos sind, steht unser Land in einem ganz anderen Licht da.

Bezahlbarer Wohnraum ist in vielen Städten zur Mangelware geworden. Besonders betroffen sind Geringverdiener, Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Die Mietkosten belaufen sich für viele Betroffene auf rund die Hälfte des Einkommens, obwohl höchstens ein Drittel als angemessen und dauerhaft finanzierbar gilt. Vor allem in Großstädten und Ballungszentren sind die Mieten in den letzten Jahren so stark gestiegen, daß Sozialverbände mittlerweile davon ausgehen, daß die Zahl der Wohnungslosen schon bald auf mehr als eine halbe Million anwachsen wird. In Berlin, Hamburg, München, Frankfurt, Köln, Düsseldorf und Stuttgart sind die Mieten seit dem Jahr 2008 durchschnittlich um über 20 Prozent gestiegen.



BUNDESTAGSWAHL



Auch die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Mietpreisbremse konnte daran nichts ändern. So hat eine Studie ergeben, daß die Mieten in Städten mit Mietpreisbremse (um monatlich 0,26 Prozent) mehr als in Städten ohne Mietpreisbremse (um monatlich 0,24 Prozent) gestiegen sind.

Darüber hinaus verschärft die Massenzuwanderung die Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum. Da in den vergangenen Jahren zu wenige Sozialwohnungen errichtet wurden, nimmt der Wohnungsmangel immer katastrophalere Ausmaße an. Weil die Mietkosten für Asylbewerber von staatlichen Stellen übernommen werden, sind sie als Mieter oft attraktiver als einheimische Geringverdiener. In der Folge der Mieterverdrängung sind in vielen Städten regelrechte Ausländerghettos entstanden, in die sich Deutsche kaum noch hinein wagen.

Während Millionensummen dafür verschwendet werden, Unterkünfte für Asylbewerber zu bauen, verzichtet der Staat seit Jahren auf die Schaffung von Sozialwohnungen. Auf der anderen Seite knebeln die etablierten Parteien Familien und Hausbesitzer mit immer höheren Grundsteuern, was dazu geführt hat, daß die eigenen vier Wände zum Luxusgut geworden sind.

Wir Nationaldemokraten fordern:

- ▲ Deutsche müssen bei der Vergabe von bezahlbaren Wohnungen bevorzugt werden!
- ▲ Schluß mit der Mieterverdrängung durch Sozialtouristen und Wirtschaftsflüchtlinge!
- ▲ Der Obdachlosigkeit muß der Kampf angesagt werden! Jeder Bürger hat das Recht auf eine bezahlbare Wohnung!
- ▲ Massive Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus, um vor allem für Familien bezahlbaren Wohnraum bereitstellen zu können.
- ▲ Schluß mit der Bürgerabzocke – Wohnen in den eigenen vier Wänden muß bezahlbar sein!

Ronny Zasowk · Amtsleiter Politik und Bildung

Weite Teile deutscher Großstädte sind längst zu rechtsfreien Räumen geworden. Ganze Viertel sind mittlerweile Angsträume, in die sich deutsche Frauen und ältere Menschen – oft genug sogar Polizisten – nicht mehr hineintrauen. Diese Viertel werden von türkischen, arabischen und nordafrikanischen Banden dominiert. Nicht erst seit den skandalösen Ereignissen der Kölner Silvesternacht müssen deutsche Frauen es vielerorts über sich ergehen lassen, von Ausländerbanden wie Freiwild behandelt zu werden. Ob auf Volksfesten oder in Schwimmbädern – ihre Sicherheit ist kaum noch gewährleistet.

Andere Regionen Deutschlands wiederum werden von international organisierter Kriminalität heimgesucht. Vor allem der grenznahe Raum ist

Schafft Schutzzone für Deutsche!



DEUTSCHE
SCHUTZ
ZONE

in diesem Zusammenhang gefährdet. Autodiebstähle und Wohnungseinbrüche sind dort an der Tagesordnung. Aufgrund der verantwortungslosen Sparpolitik bei der Polizei sind die Ermittlungsbehörden nur selten in der Lage, die meist osteuropäischen Täter dingfest zu machen. Die Aufklärungsquote ist beklagenswert gering. Grenzkriminalität hat oft genug existenzgefährdende Ausmaße, weil viele Versicherun-

gen für die häufigen Schäden nicht mehr aufkommen. Für viele Unternehmen bedeutet das den Ruin!

In einigen Universitätsstädten haben Linksextremisten ganze Straßenzüge widerrechtlich besetzt. Sie akzeptieren dort keinerlei staatliche Maßnahmen. Sowohl die Polizei als auch andere Ordnungskräfte sehen sich massiver und brutalster Gewalt ausgesetzt. Brennende Autos, demolierte

Kaufhäuser und Anschläge auf öffentliche Verkehrsmittel – all das sind die Ergebnisse einer Innenpolitik, die auf dem linken Auge blind zu sein scheint.

Wir Nationaldemokraten wollen diese Kapitulation des Rechtsstaats vor türkischen und arabischen Parallelgesellschaften, ausländischen Diebesbanden und organisierten Linksextremisten nicht hinnehmen! Wir wollen uns unser Land zurückholen.

Es ist unser Ziel, Deutschland wieder zu einem Land zu machen, in dem wir Deutschen sicher leben können. Solange die Innenminister der etablierten Parteien die Polizei kaputtsparen, muß das Volk sich selbst schützen. Es ist Zeit für politische Notwehr!

Wir Deutschen müssen Schutzzone schaffen, in denen wir aufeinander achten und aufpassen. Kriminelle können ihr Handwerk nur verrichten, wenn man sie läßt. Wenn man aber Schutzzone schafft, in denen Deutsche (noch) die Mehrheit stellen und ein Bewußtsein dafür haben, sich nicht alles gefallen zu lassen, kann dort Sicherheit gewährleistet werden.

Wer bei der Schaffung von Schutzzone mitwirken will, kann sich uns anschließen!

Wir werden Sicherheitspartnerschaften gründen und – legal operierende – Bürgerwehren unterstützen, um den Rechtsstaat wiederherzustellen.

Wir werden Hilfestellung bei der Absicherung von Hab und Gut geben.

Wir werden deutschen Bürgern helfen, sich selbst gegen die ausufernde Kriminalität in unserem Land zu schützen.



BUNDESTAGSWAHL



JA
zum
deutschen
Volk!

Wir Nationaldemokraten fordern:

- ⊗ Unsere Frauen sind **kein Freiwild** – in Deutschland dürfen **keine Angsträume** geduldet werden!
- ⊗ Opferschutz vor Täterschutz – **Schluß mit falscher Toleranz** und Kuscheljustiz gegenüber kriminellen Ausländern!
- ⊗ Fremde, die sich nicht an die Gesetze halten, haben ihr **Gastrecht verwirkt** und müssen außer Landes geschafft werden!
- ⊗ **Schluß** mit dem **Personalabbau** bei der Polizei! Die Polizei muß im ganzen Land für Sicherheit, Recht und Ordnung sorgen!
- ⊗ **Verstärkte Überwachung** von Moscheen und islamischen Vereinen – **Nein zur Islamisierung Deutschlands!**

– Anzeige –

UNSERE FRAUEN SIND KEIN FREIWILD

Die jahrzehntelange Massenzuwanderung nach Deutschland und die Asylkrise der letzten Jahre führen nicht nur zu milliarden-schweren Kosten. Sie haben auch dramatische Risiken für die innere Sicherheit in unserem Land zur Folge. In kaum einer Stadt gibt es sie nicht: überfremdete Viertel, in die sich Frauen kaum noch hineintrauen, weil sie Angst haben, von Ausländerbanden bedrängt, belästigt und beraubt zu werden. In vielen von Ausländern dominierten Schulen wird der Alltag für deutsche Jungen und Mädchen zum Spießrutenlauf.

unzählige Araber und Nordafrikaner schutzlos ausgeliefert. Kaum einer der Täter wurde verurteilt, kein Politiker hat die Verantwortung dafür übernommen, die betroffenen Frauen sind in vielen Fällen noch heute traumatisiert.

Doch die schrecklichen Gewaltextzesse von Köln waren nur der Gipfel des Eisbergs. Von arabischen, türkischen und nordafrikanischen Männern verübte Übergriffe auf Frauen sind längst im ganzen Land an der Tagesordnung. Ob am helllichten Tag auf der Straße, in Schwimmbädern oder auf Volksfesten – der Staat ist immer weniger in der Lage, die Frauen in unserem Land vor diesem Multikulti-Terror zu schützen.

Der Polizei sind oft genug die Hände gebunden, wenn es darum geht, ausländischen Intensivstraftätern das Handwerk zu legen. Der Staat verzichtet auf die Abschiebung krimineller Ausländer, obwohl die geltende Rechtslage schon heute die Ausweisung gefährlicher Ausländer vorsieht. Stattdessen werden unzählige tickende Zeitbomben auf Kosten der Steuerzahler dauerhaft in Deutschland geduldet. Diese falsche Toleranz verstärkt die Respektlosigkeit gegenüber uns Deutschen noch zusätzlich.

Durch die Massenzuwanderung werden nicht nur ausländische Konflikte, sondern wird auch ein völlig fremdes Frauenbild nach Deutschland importiert. In muslimischen Gesellschaften müssen sich die Frauen den Männern unterordnen, folglich betrachten viele Zuwanderer aus diesen Ländern deutsche Frauen als Freiwild. Vor allem deutsche Frauen werden somit zu Opfern der systematisch vorangetriebenen Islamisierung Deutschlands!



Die Ereignisse der Silvesternacht 2015 in Köln gingen um die Welt und stehen sinnbildlich für die Kapitulation des deutschen Rechtsstaats. Über tausend deutsche Frauen waren der Gewalt und den sexuellen Belästigungen durch

Die Beiträge auf dieser Seite stammen aus der aktuellen Wahlkampagne der NPD zur Bundestagswahl am 24. September 2017

TÄGLICH NEUE NACHRICHTEN
www.deutsche-stimme.de

f
facebook.com/DSVerlag
DS MIT FREUNDEN TEILEN

deutsche-stimme.tv
DS-TV ANSCHAUEN

Jetzt auch als
Digital- bzw. Online-Abo



Besuchen Sie unseren neuen Onlineshop
bestellung.deutsche-stimme.de

»Wie legal ist die deutsche EU-Mitgliedschaft?«

Eine brisante Anfrage
des NPD-Europaabgeordneten Udo Voigt

Manchmal wundert man sich über die politische Konkurrenz. Die sogenannte »Alternative für Deutschland« (AfD) ist trotz Spaltung immer noch im Europaparlament vertreten und dort über die Fraktion »Europa der Freiheit und der Nationen« (ENF) auch gut mit anderen europäischen Rechtsparteien vernetzt. Nur: wirklich Gewichtiges kommt von ihr nicht; schon gleich gar nichts, was den EU-Moloch tatsächlich in Frage stellen würde.

Karl Richter

Für solche »Hämmer« ist offenbar immer noch nur die NPD gut, die mit einem Abgeordneten – dem langjährigen früheren Parteivorsitzenden Udo Voigt – ebenfalls im EU-Parlament vertreten ist. Voigt reichte jetzt vor dem Hintergrund der jüngsten Putin-Äußerungen über die »eingeschränkte Souveränität« der Bundesrepublik Deutschland eine schriftliche Anfrage an die Kommission ein, die es in sich hat. Der russische Präsident Putin hatte bekanntlich Ende Mai in der Plenartagung des 21. Internationalen Wirtschaftsforums in St. Petersburg vor den laufenden Kameras der internationalen Medien erklärt: »In der Welt gibt es nicht so viele Länder, die das Privileg der Souveränität genießen. Ich will keinen beleidigen, aber was Frau Merkel [in ihrer Münchner Bierzeltrede kurz zuvor; d. Red.] gesagt hat, ist Ausdruck eines Unmuts über eine beschränkte Souveränität, der sich seit langem angestaut hat.« Ganz offiziell beschränkt sei die deutsche Souveränität im militärischen Bereich. »Dort ist festgelegt, was erlaubt ist und was nicht. Und in der Praxis ist es noch härter: Man darf nichts tun, was nicht erlaubt ist. Wer erlaubt es? Die Führung! Wo ist die Führung? Sie ist weit weg.«

Deutlicher hätte man es nicht auf den Punkt bringen können, daß Deutschland von Washington aus ferngesteuert wird. Das wissen zwar alle – das Berliner Vasallen-

regime vielleicht ausgenommen –, aber niemand spricht über das peinliche Thema. Dabei ist das peinliche Thema eigentlich der Dreh- und Angelpunkt der Nachkriegsordnung.

Um so brisanter, daß der NPD-Europaabgeordnete den Ball aus St. Petersburg prompt aufnahm und in seiner Anfrage an die EU-Kommission exakt die von Putin thematisierte »eingeschränkte Souveränität« der Bundesrepublik aufgriff.

Unter der Überschrift »Souveränitätsdefizite der Bundesrepublik Deutschland« erkundigt sich Voigt darin nach der Einschätzung des deutschen Souveränitätsstatus durch die EU-Kommission und welche Auswirkungen »eine »eingeschränkte« oder nicht vorhandene staatliche Souveränität Deutschlands auf die Gültigkeit des Beitritts der Bundesrepublik zu den Römischen Verträgen, zur Europäischen Gemeinschaft bzw. zur Europäischen Union, zum Vertrag von Lissabon, zur Euro-Zone und zum Europäischen Stabilitätsmechanismus haben« könnte.

Denn: wenn sich herausstellen sollte, daß die Bundesrepublik überhaupt nicht souverän ist, dann wäre eine naheliegende Konsequenz, daß auch wichtige Rechtsakte, die von ihr getätigt wurden – etwa der Beitritt Deutschlands zu den genannten europäischen Abkommen und Institutionen –

gar nicht rechtsgültig sind. Ist die deutsche EU-Mitgliedschaft womöglich illegal?

Noch eine weitere Teilfrage in Voigts schriftlicher Anfrage birgt Sprengkraft: »Wie beurteilt die Kommission die Gültigkeit des »Zwei-plus-Vier-Vertrages« von 1990, der nach offizieller Lesart die Entlassung des wiedervereinigten Deutschlands in die staatliche Souveränität regelt, der allerdings ausdrücklich das Fortbestehen zahlreicher alliierter Vorbehaltsrechte aus der Besatzungszeit festlegt, die im »Überleitungsvertrag« von 1954 kodifiziert wurden?«

Strenggenommen legt die Anfrage des Europaabgeordneten Udo Voigt die Axt zumindest an die bundesdeutsche Nachkriegsordnung. Das erklärt auch, warum die deutschen Lügenmedien weder über die jüngsten Putin-Äußerungen noch über Voigts Anfrage in Straßburg auch nur ein Sterbenswörtchen verloren

(während aber z.B. das russische Nachrichtenportal »Sputnik« gleich auf mehreren seiner Länder-Portale darüber berichtete).

Nichts weniger als die Fundamente der Bundesrepublik und der jahrzehntelangen westeuropäischen Integration stehen zur Diskussion. Eigentlich sollte sich in dieser Frage jeder deutsche Patriot angesprochen fühlen, und das Thema ist als hervorragendes Instrument im Kampf um die Wiederherstellung der nationalen Souveränität Deutschlands geeignet. Eine Steilvorlage für alle, die es gut meinen mit Deutschland.

Viele sind es offenbar nicht, auch im vorgeblich »patriotischen« Lager. Die sogenannte »Alternative für Deutschland« zum Beispiel, auf die derzeit viele noch ihre Hoffnung setzen, bleibt stumm wie ein Fisch. Offenbar hat nur die NPD die Brisanz der Lage erkannt. Am Ende weiß man dann eben doch, auf wen Verlaß ist.

Dieser Beitrag stammt aus der Juli-Ausgabe 2017 der Deutschen Stimme.

Wir wollen nicht länger Vasallen fremder Mächte sein!

Von den selbsternannten Qualitätsmedien kaum beachtet, sagte der russische Staatspräsident Wladimir Putin kürzlich etwas, das die nationale Opposition in Deutschland bereits seit Jahrzehnten als Grundübel anprangert: Deutschland ist kein vollständig souveräner Staat!

Bereits im Jahr 2011 räumte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in ungewohnter Offenheit vor dem European Banking Congress in Frankfurt am Main ein, daß Deutschland »seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen« sei.

Noch deutlicher wurde nun Putin. Auf dem 21. Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg stellt der Kreml-Chef fest: »In der Welt gibt es nicht so viele Länder, die das Privileg der Souveränität genießen. Ich will niemanden beleidigen, aber was Frau Merkel [in ihrer Bierzeltrede] gesagt hat, ist Ausdruck des Unmuts über eine beschränkte Souveränität, der sich seit langem angestaut hat.« Merkel hatte sich wenig erfreut über die ersten Kontakte mit dem neuen US-Präsidenten gezeigt.

Auch mit Blick auf Deutschlands Engagement in der NATO wurde Putin sehr deutlich: »Im Rahmen der militärisch-politischen Bündnisse ist sie ganz offiziell eingeschränkt. Dort ist festgelegt, was erlaubt ist und was nicht. Und in der Praxis ist es noch härter: Man darf nichts tun, was nicht erlaubt ist.« Die NATO sei laut Putin vor allem ein außenpolitisches Instrument der USA.



Wer Putin in dieser Frage keinen Glauben schenken mag, der muß nur lesen, was der langjährige US-Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski dazu sagt. Mit Blick auf die militärische Abhängigkeit der europäischen Staaten von den USA gab er unumwunden zu: »Da die verbündeten europäischen Nationen immer noch stark auf den Sicherheitsschild der USA angewiesen sind, erweitert sich mit jeder Ausdehnung des europäischen Geltungsbereiches automatisch auch die direkte Einflußsphäre der Vereinigten Staaten.« Vor diesem Hintergrund ist auch verständlich, daß die USA seit Jahren große Anhänger der Osterweiterung von EU und NATO sind, wodurch sich vor allem Rußland eingekreist und bedroht fühlt.

Laut Brzezinski sei die amerikanische Dominanz in Eurasien der entscheidende »geopolitische Hauptgewinn« der Kriege des zurückliegenden Jahrhunderts. Noch deutlicher kann man überhaupt nicht sagen, daß es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs das erklärte Ziel der USA war und ist, Europa in dauerhafter Abhängigkeit zu halten und zu verhindern, daß Deutschland und andere Staaten ihre vollständige nationale Souveränität zurück erlangen.

Egal, ob der US-Präsident Bush, Obama oder Trump heißt: wir können nicht erwarten, daß er im europäischen oder gar deutschen Interesse handelt. Um unsere Interessen zu wahren, müssen wir unsere eigene nationale Souveränität zurückgewinnen.

Keine wesentliche Frage – z.B. Massenzuwanderung, Grenzkontrollen, TTIP, Währungshoheit, Bankenregulierung – kann ohne echte nationale Souveränität im deutschen Interesse beantwortet werden. Daher ist es unabdingbar, daß Deutschland sowohl die EU als auch die NATO verläßt, um endlich handlungsfähig und unabhängig zu werden!

In diesem Jahr finden im ganzen Land kirchliche, aber auch politische Veranstaltungen statt, in deren Rahmen die Persönlichkeit des berühmten Reformators Martin Luther instrumentalisiert wird.



Luther würde NPD wählen!

Vor 500 Jahren schlug Luther seine Thesen zur Veränderung der damaligen Kirche an die Schloßkirche in Wittenberg. Luther löste damit nicht nur einen politischen und religiösen Sturm aus, der nach und nach weite Teile Europas ergriff, er setzte damit auch ein Zeichen gegen die geistliche Obrigkeit, die seinerzeit das Denken und Handeln der Menschen kontrollierte und diktierte.

Luther wurde aufgrund seiner rebellischen Haltung sowohl von geistlichen als auch

von weltlichen Autoritäten der Kampf angesagt.

Wenn Politiker der etablierten Parteien und Kirchenasyl gewährende Funktionäre der großen Kirchen von heute Luther für sich in Anspruch nehmen, dann tun sie ihm unrecht. Er wäre mit Sicherheit keiner von ihnen gewesen, weil er es ablehnte, sich Meinungsdik-

taten zu beugen und von einer fremden Macht (damals Rom, heute Brüssel und Washington) regiert zu werden. Luther ließ sich von der römischen Kirche nicht den Mund verbieten, die herrschenden Politiker und führenden Kirchenfunktionäre sind heute meist nur noch Ja-Sager und Erfüllungsgelhilfen von Washingtons

und Brüssels Gnaden. Und Luther war nicht nur frommer Christ, sondern auch aufrechter Patriot, was folgende Worte deutlich machen: »Für meine lieben Deutschen bin ich geboren, ihnen will ich dienen!« Martin Luther würde sich im Grabe drehen, wenn er mit ansehen müßte, welche vermeintlichen Volksvertreter sich heute

»Christdemokraten« nennen. Luther wäre sicherlich kein Freund der Union, die sämtliche konservativen Werte wie Familie und Heimat verraten hat. Er wäre auch kein Sozi, da die SPD den deutschen Nationalstaat zugunsten eines in Brüssel regierten europäischen Bundesstaates beseitigen will. Er wäre mit Sicherheit kein Grüner oder Linker, weil er keine türkischen Parallelgesellschaften in deutschen Städten würde haben wollen.

Luther würde unsere deutsche Identität verteidigen, er würde unser Volk vor Zuwanderung schützen und er würde dem Mißbrauch der Kirchen durch Asyl-Extremisten und Überfremdungs-Lobbyisten den Kampf ansagen.

Ähnlich wie Luther sich damals gegen die politischen und ideologischen Diktate der Obrigkeit erhob, erheben wir Na-

tionaldemokraten uns heute gegen die Brüsseler EU-Diktatur, die Folgen der von oben verordneten Überfremdung und den Ausverkauf deutscher Interessen.

Würde Luther heute noch leben, wäre er mit Sicherheit einer von uns!

Martin Luther würde heute NPD wählen!

Es braucht auch heute mutige deutsche Männer und Frauen, die sich, ähnlich wie Luther vor 500 Jahren, weigern, einer von oben verordneten Weltanschauung zu gehorchen und die es als ihre Pflicht begreifen, dafür zu kämpfen, daß das deutsche Volk von den Herrschenden nicht ausgetauscht wird. Unterstützen Sie uns dabei!

Dieser Beitrag ist Teil der Wahlkampagne der NPD zur Bundestagswahl am 24. September 2017.

Als Freigeist galt der Historiker Jörg Baberowski schon immer. Zur Hochzeit der Ukraine-Krise gehörte er zu den wenigen deutschen Intellektuellen, die Verständnis für das russische Vorgehen zeigten. Einen Namen hatte sich der Gelehrte bereits mit schonungslos ehrlichen Forschungen zum stalinistischen Terrorregime gemacht. Das alles ließ man dem Professor für osteuropäische Geschichte an der Berliner Humboldt-Universität noch irgendwie durchgehen. Aber er erkannte bereits die Mechanismen der Meinungsunterdrückung im bundesdeutschen »Reich der Tugendwächter«: »Es gibt keine Instanz, die den Wortgebrauch festlegt, aber es gibt eine Atmosphäre, in der jene, die das wollen, anderen vorschreiben können, wie sie zu reden haben. Und zwar jene, die die Hoheit über die Kommunikation im politischen Raum haben. Sie können in Deutschland nur noch in einer verordneten Sprache sprechen, wenn Sie sich nicht selbst vom Gespräch ausschließen wollen.«

Als Baberowski im Herbst 2015 Angela Merkels Willkommenspolitik zu kritisieren wagte, war das Maß des Erträglichen für seine Gegner voll. Linksradike Kreise versuchten, ihn zum politisch Aussätzigen zu machen.

In einem Feuilleton-Bericht für die FAZ beklagte Baberowski im September 2015, daß die herrschenden Politiker beschlossen hätten, Deutschland zum »Vielvölkerstaat« zu machen und den semantischen Unterschied zwischen »Flüchtlings« und »illegalen Einwanderern« zu verwischen versuchten. Er fragte: »Hat überhaupt ein Politiker je darüber nachgedacht, was das Gerede von der Willkommenskultur bewirkt? Es hat sich in



Nach seiner Absage an Merkels Grenzöffnungspolitik: Linke Treibjagd gegen Jörg Baberowski!

den Krisenregionen dieser Welt inzwischen herumgesprochen, daß man für die Einreise nach Deutschland keinen Paß benötigt, daß der Wohlfahrtsstaat eine Versorgung gewährt, die in Pakistan oder Albanien nicht einmal für Menschen erreichbar ist, die in Lohn und Brot stehen.«

Ein paar Wochen später prophezeite er, daß das Deutschland, das wir kennen, durch die Masseneinwanderung verschwinden wird: »All das, was uns lieb und teuer war, womit wir unserem Leben bislang einen Halt gegeben haben, muß sich ändern, weil Menschen aus einem anderen Kulturkreis kommen und auch andere Vorstellungen davon haben, wie wir leben sollen.«

Was der Wissenschaftler nach dieser moderat formulierten Zuwanderungskritik an Einschüchterungsversuchen, Verleumdungskampagnen und physischer Bedrohung er-

Todsünde Asylkritik: Wie ein Historiker mundtot gemacht werden soll

lebte, erinnerte an die früheren Treibjagden von 68er-Fanatikern. Im Oktober 2016 sollte Baberowski in Bremen bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) über das Thema »Räume der Gewalt« referieren. Den Vortrag wollte die KAS zunächst in der Universität stattfinden lassen, mußte ihn aber aus Sicherheitsgründen in ihre eigenen Räume verlegen. Der Allgemeine Studierendenausschuß (AStA) hatte das akademische Subproletariat der Bremer Uni dazu aufgerufen, die Veranstaltung »friedlich, bunt und laut« zu verhindern.

Im Vorfeld eines geplanten Vortrags in Hamburg verteilte der dortige AStA ein Flugblatt mit den Worten: »Rechtspopulistischer Osteuropaforscher Prof. Baberowski in der Stabi? Keine Uni dem Rassismus! Rechtsradikalen das Podium nehmen!« Befeuert wurde die Hetze noch durch das trotzkistische On-

line-Portal »World Socialist Web Site«. An der Berliner Humboldt-Universität störten Studenten wiederholt seine Vorlesungen und verbanden die linken Kampfinstrumente von Auftrittsverhinderung und Rufschädigung.

Der Bremer AStA hatte dem akademischen Querdenker vorgeworfen, er verbreite gewaltverherrlichende und fremdenfeindliche Positionen, verharmlose Übergriffe auf Asylunterkünfte als natürliche Reaktion verunsicherter Bürger und stehe ganz allgemein für Rechtsradikalismus und Rassismus.

Der so Attackierte klagte gegen den Bremer AStA, erzielte aber nur einen Teilerfolg. Das Landgericht Köln verbot dem AStA im März 2017 zwar eine Reihe von sinnentstellenden und verleumdenden Aussagen über den Geschichtsprofessor. Einen »Rechtsradikalen« dürfen ihn die erlinken Studentenvertreter aber weiterhin nennen – das falle unter die Meinungsfreiheit.

Baberowski wollte das Urteil natürlich nicht hinnehmen und weiterklagen. Seine Erkenntnis: »Wenn Sie in Deutschland jemanden erledigen wollen, dann nennen Sie ihn einen Rechtsradikalen. Das funktioniert immer! Der Beschuldigte ist dann mit nichts anderem mehr beschäftigt, als sich zu rechtfertigen.« Geschichte und Gegenwart verbindend, stellte der Stalinismus-Forscher fest: »Die Stigmatisierung von Menschen stammt aus dem Einschüchterungsarsenal der Diktatur.«

Jürgen Gansel

Dieser Artikel stammt aus der Juli-Ausgabe 2017 der DS. Sie können ihn dort in voller Länge lesen!

- ☐ Ich bitte um kostenlose Übersendung von Infomaterial.
- ☐ Ich interessiere mich für die politische Arbeit des Rings Nationaler Frauen (RNF).
- ☐ Bitte senden Sie mir Informationsmaterial zu Ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) zu.
- ☐ Ich möchte Mitglied der NPD werden.
- ☐ Ihre Selbsthilfekampagne »Schutzzonen für Deutsche« gefällt mir: Bitte informieren Sie mich!

Name, Vorname

Straße, Nr., Ort

eMail Telefonnummer

Spenden:

NPD-Parteivorstand
IBAN: DE 80 1005 0000 6600 0991 92
BIC: BELDEB33XXX
Berliner Sparkasse

Verwendungszweck: »Spende«, Name und Anschrift
Unterstützen Sie uns jetzt mit Ihrer Spende! Jeder Euro zählt – und Ihre Hilfe ist zu 50 % steuerlich absetzbar. Herzlichen Dank!

Liebe Interessentin, lieber Interessent!

Ich freue mich über Ihr Interesse, das Sie für unsere NPD – trotz oder vielleicht auch gerade wegen der immer stärkeren Medienhetze und gesellschaftlichen Stigmatisierung – aufbringen und hoffe, daß wir mit dieser Sonderausgabe unserer Parteizeitung Deutsche Stimme Ihr Interesse an unserer Arbeit wecken konnten, ja vielleicht sogar von einer Stimmabgabe für oder gar Mitgliedschaft in der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands überzeugen konnten.

Die NPD steht für Deutschland

Die NPD ist die Antwort auf die Arroganz der Macht. Wir handeln aus Sorge um unser Land, für die Zukunft unserer Kinder. Die NPD will eine andere Politik, sie ist der organisierte

Blockadebrecher gegen die anti-deutsche Politik der etablierten Parteien. Grundlegende Veränderungen sind notwendig, damit die schweigende Mehrheit der Deutschen wieder eine Stimme erhält.

Wir Nationaldemokraten wollen nicht nur alles ein wenig besser machen. Wir setzen uns kompromißlos für die Interessen und Rechte des eigenen Volkes ein. Sie werden sich künftig entscheiden müssen: für eine Multi-Kulti-Gesellschaft oder für unser Volk, und damit auch für die NPD!

Ich zähle auf Sie!

Frank Franz

Frank Franz
NPD-Parteivorsitzender





VERBOGENES RECHT ALS STAATSRÄSON?

REALSATIRE

100 Millionen aus Afrika

Bundeskanzlerin Merkels Bundesentwicklungsminister Gerhard »Gerd« Müller (CSU, katholisch, verheiratet, zwei Kinder, Jahrgang 1955) gab jetzt der erstaunten Öffentlichkeit zu verstehen, daß dann, »wenn wir es nicht schaffen, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, in Zukunft bis zu 100 Millionen Menschen Richtung Norden wandern werden.« Christsozialist Müller gab ferner bekannt, daß die Bevölkerung in Afrika »jede Woche« um eine Million (!) zunehmen würde.

O-Ton des aus dem bayerischen Schwaben (Krumbach) stammenden Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: »Wenn wir weiter machen wie bisher, haben die Menschen in vielen Teilen Afrikas gar keine andere Chance, als sich zu uns (da meint Herr Minister wohl die weltweit tolerant offene Merkel-BRD!) auf den Weg zu machen.«

Angeichts dieser rosigen Aussichten fordert Müller einen »Marshallplan« – ein groß angelegtes Investitionsprogramm für Afrika. Wer das dann hauptsächlich zu finanzieren haben dürfte, ist auch klar: Die »deutschen«



bundesrepublikanischen Steuer-, Abgaben- und Gebührenzahler!

Doch statt über einen »Marshallplan für Afrika« zu philosophieren, sollten Gerd Müller und Konsorten sich mal Gedanken machen, wie es denn wäre, wenn man für die im Übermaß kinderzeugungsfähigen Afrikaner ein offizielles Geburtenkontrollprogramm auf den Weg und zur Anwendung in der alltäglichen Praxis bringen würde.

»Macht hoch die Tür – die Tor macht weit« ist keine Problemlösung. Bahnhofsklatschende und »Refugees welcome«-spinnende Gutmenschen sehen das zwar nicht ein, stimmen tut es allerdings dennoch! **JS**

Meldungen über Angriffe von ausländischen Kulturverächtern auf deutsche Rettungssanitäter oder Feuerwehrleute während eines Noteinsatzes häufen sich, kommen aber meist über eine Kurznotiz in der Lokalpresse nicht hinaus.

Thomas Salomon

Daß die Angreifer fast immer aus den Reihen von Merkels »Facharbeitern« stammen, spielt ohnehin keine Rolle, das beherzigen die BRD-Medien schon lange. Sie sind noch vor der Politik die Sendboten einer saturierten, überflußverwahrlosten Gesellschaft, die ihren eigenen Untergang als missionarische Sendung verfolgt. Die BRD zeigt der rückständigen Restwelt zeitgleich, wie toll sie als Vorbild ist: Bei Klimaschutz, Energiewende, Mülltrennung, Minderheitenverhätschelung, etc.; tatsächlich aber ist dies eine

Gesellschaft, in der antinationale und politisch verhaltensgestörte Hysteriker die tägliche Agenda diktieren. Da reichen zwei Verdachtsfälle bei der Bundeswehr, um von »rechts-extremistischer Unterwanderung« zu fantasieren. Während die Auftritte von kommunistischen Alterspräsidenten im Bundestag niemanden störten, mußte nun dessen Geschäftsordnung dringend geändert werden, um einen AfD-Alterspräsidenten zu verhindern. Nahezu alle BRD-Medien berichteten im Frühjahr von einem unerhörten Vorfall im südhessischen Eppertshausen. Dort haben (natürlich deutsche) Einwohner mehrere verachtungswürdige Delikte begangen: Sie malten eigenmächtig einen Zebrastreifen auf den Asphalt ihrer Wohnstraße. Und als ob

dieser unfäßbare Frevel noch nicht ausreicht, malten sie auch noch eine Parkbucht dazu.

»Rechtsbruch« schrie die empörte Obrigkeit und leitete gegen die Intensivtäter Strafverfahren wegen »Amtsanmaßung, Sachbeschädigung und gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr« ein. So wissen wir nun, daß ungenehmigte Zebrastreifenmalerei ein strafbewehrtes Mehrfachdelikt ist, während die durch mehrfachen Rechtsbruch erfolgte Öffnung der Grenzen durch Merkel 2015 nicht mal eine »Amtsanmaßung« darstellt. BRD-Recht 2017.



SPORT FREI

Deutschland ersaufe?

Alle Jahre wieder betätigt die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) den Alarmknopf – mit Recht, denn immer weniger Kinder können schwimmen. Wie jetzt aus einer von der DLRG in Auftrag gegebene Forsa-Umfrage hervorgeht, ist mindestens jeder zweite Grundschüler kein sicherer Schwimmer.

Zwar haben laut der Befragung 77 Prozent der Grundschüler das »Seepferdchen« absolviert, doch reicht das nach Auffassung der DLRG nicht aus. Stattdessen empfiehlt die Gesellschaft, nach dem Frühschwimmer noch das Bronze-Abzeichen zu erwerben. In diesem Fall gilt es, innerhalb von 15 Minuten eine Strecke von mindestens 200 Metern zurückzulegen. Das »Seepferdchen« zeige nur an, daß sich das Kind auf einer Distanz von 25 Metern über Wasser halten könne. Wie DLRG-Vizepräsident Achim Haag gegenüber Medien weiter ausführte, habe mittlerweile etwa jede vierte Grundschule keinen Zugang zu einem Bad; oftmals falle der Schwimmunterricht deshalb aus. Bereits im November 2015 forderte der Deutsche

Sportlehrer-Verband (DSL) in einem Positionspapier »eine universitäre Sportlehrausbildung, in der Schwimmen zum theoretischen und praktischen Pflichtprogramm gehört und mit einer Schwimmlehrerbefähigung abgeschlossen wird«. Desweiteren verlangt der DSLV, »Schwimmunterricht verpflichtend in der Primarstufe und ... der Sekundarstufe anzubieten. Zielsetzung ... muß es sein, daß sich die Schülerinnen und Schüler sicher und ausdauernd im tiefen Wasser bewegen können.« Auch laut DSLV sollten alle Kinder nach Abschluß der Primarstufe die Bedingungen des Jugend-Schwimmabzeichens Bronze erfüllen.

An die kommunale Ebene ergeht die Aufforderung, in den Haushalts-Planungen die Aspekte des Transports zum Schwimmunterricht sowie die Infrastruktur (Schwimmbädern, -hallen, -bäder) zu berücksichtigen. Andererseits laufen viele Kommunen in finanzieller Hinsicht am Stock. Was deshalb not tut, ist ein nationales Schwimmbädern- und -bäder-Programm, damit es nicht irgendwann heißt: Deutschland säuft ab. **LD**

– Anzeige –

Verehrter Leser!

In einer Zeit, in der die etablierten Massenmedien tagtäglich mit Des-Informationen, Halbwahrheiten und einseitiger Meinungsmache Politik gegen das eigene Volk betreiben, ist es wichtiger denn je, daß sich eine Stimme erhebt, die das nationale Interesse in den Vordergrund stellt und der Wahrheit verpflichtet ist. Diese Aufgabe erfüllt die nationaldemokratische Monatszeitung **DEUTSCHE STIMME** seit 1976.

Bitte unterstützen Sie uns bei unserer wichtigen Aufklärungsarbeit und abonnieren Sie noch heute **DIE ANDERE MEINUNG**, gerne auch erst einmal als Probe-Abonnement für nur 5 Euro für drei Ausgaben, die Sie wahlweise über unseren Online-Shop herunterladen oder in gedruckter Form beziehen können. Ich würde mich freuen, Sie schon bald zu der immer größer werdenden Lesergemeinschaft der **DEUTSCHE STIMME** zählen zu dürfen!

Peter Schreiber
DS-Chefredakteur



Abonnieren Sie jetzt die **Deutsche Stimme!**

Wir schreiben das, was andere sich nicht einmal zu denken trauen.

☐

Jahres-Abo 12 Ausgaben Inland € 29,00 | Ausland € 36,00

☐

Probe-Abo 3 Ausgaben Inland € 5,00 (nur gegen Vorkasse) | Ausland € 10,00 (nur gegen Vorkasse)



Vorname, Name:

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

Ort

Geburtsdatum

Telefon, e-Post

Widerrufgarantie: Meine Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen schriftlich beim DS-Verlag widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: DS-Verlag, G.-Scholl-Str. 4, 01591 Riesa
V.i.S.d.P.: Peter Schreiber, DS-Verlags GmbH, Geschwister-Scholl-Str. 4, 01591 Riesa.